

Herr Oberbürgermeister!
Verehrte Ratskollegen!

Die der AuT-Ratsgruppe zustehenden 13 Minuten reichen natürlich nicht aus, den Haushaltsplan 2015/16 zu kommentieren. Auch die größeren Fraktionen haben dieses mit ihren längeren Redezeiten nicht wirklich vermocht. Herr Trauten und ich sind neu im Rat, und wir möchten nur einige Dinge sagen, die uns zum Haushalt auffielen. Den Namen unserer AuT - Ratsgruppe verstehen wir als Programm: Alternativ und Transparent und zusätzlich Bescheidenheit.

I. Alternativ

Dieser Haushalt steht unter dem Sparzwang. Solange von allem genug da ist, braucht man keine Alternativen. Zwang ist die Mutter der Alternative. Die Suche nach Alternativen und für strukturelle Verbesserungen ist Treiberin des Fortschritts. **Sparzwang als Chance – d i e s e r Gedanke ist uns bisher viel zu selten begegnet.** Das Wort „alternativlos“, welches durch die Bundeskanzlerin in die Welt kam, ist in der Demokratie verderblich. Es ist uns bei Ratsvorlagen mehrfach aufgefallen, dass bei kostenträchtigen Vorhaben Alternativen nicht wirklich bedacht wurden. Geht es nicht auch anders? Gibt es nicht eine kostengünstigere Lösung? Vor allem: **Wie machen es eigentlich die anderen?**

Wir vermissen insbesondere oft den interkommunalen Austausch bei Fragestellungen, die eigentlich nicht auch Essen beschränkt sein können. Wenn ein technisches oder rechtliches Problem entsteht, kommt natürlich immer in Betracht, ein externes Gutachten einzuholen. Aber unter 10.000 € geht das kaum ab, und oft kosten diese Gutachten mehr als 100.000 €. Denken in Alternativen bedeutet aber, dass ich mich umhöre: Dieses Problem muss es doch schon einmal gegeben haben. Empfiehlt es sich ggfs, zusammen mit einer oder mehreren Städten zusammen eine Art **Gutachtenverbund** herzustellen? Synergien entstehen nicht erst, vielleicht gar nicht, wenn man Städte fusioniert. Das ist nicht unser Thema! Aber können nicht bei bestimmten niederschweligen Aufgaben, etwa der Verwaltung des Fuhrparkes, der Unterhaltung von Grünflächen usw. durch interkommunale Absprachen Kostenvorteile erzielt werden?

Wir wünschen uns von der Verwaltung unserer Stadt ein Arbeitsklima, in welchem die Lösung eines Problems mit der kreativen Aufsuche nach mehreren Alternativen beginnt. In unserer Ratsgruppe fragen wir uns auch: Werden die Chancen genutzt, welche sich aus den Städtepartnerschaften ergeben? Tauschen wir uns auf der Sachebene aus? Aber es gilt überhaupt: Im zusammenwachsenden Europa ist es geradezu unsere Pflicht, den Blick nicht nur in die Nachbarstädte des Ruhrgebietes und Deutschlands zu richten, sondern auch in die des benachbarten Auslandes. Einer der größten Kostenblöcke unseres Haushaltes sind zB die Aufwendungen für Asylanten und Migranten. Diese Probleme gibt es auch zB auch in Rotterdam und in Utrecht. **Die Niederländer haben auf viele Fragen, die dort und hier ähnlich auftreten, oft pfiffige Antworten. Fragen wir doch dort mal nach!**

Wir sollten **grundsätzlich zu jeder Frage und zu jeder Lösung einer Frage mehrere Alternativen, welche sich auf Erfahrungen in vergleichbaren Städten stützen, aufzeigt und ihre Gesamtkosten deutlich macht.**

Beispiele aus der heutigen Ratsvorlage. Erstens: Essen will, gegen einen Jahresbeitrag von etwa 7000 € einem Verbund europäischer Städte zur Verbrechensprävention beitreten. Dagegen ist kaum etwas einzuwenden, 7000 € ist nicht viel. Aber diese 7000 € sind vielleicht gar nicht die wirklichen Gesamtkosten. Die Mitgliedschaft in einem solchen Verbund bindet Personalkräfte, und natürlich werden Papiere, Gespräche und Dienstreisen generiert. Zu der entsprechenden Vorlage hätte gehört die Aufzeigung von Alternativen: Was geschieht, wenn wir nicht beitreten? Welche Kosten/ welche Vorteile sind den Städten entstanden, welche bereits Mitglied sind? Wie sind deren Erfahrungen? Usw.

Dann ist da der Stellenplan. Losten sind in erster Linie Personalkosten. Müssen die jetzigen Stellen und ihre Bewertungen wirklich so fortgeschrieben werden, wie sie jetzt bestehen. Hat man überlegt, ob und wo einen Stelle herabgestuft werden kann – von A 16 auf A 15 - von der B 11 -Stelle einmal nicht zu reden.

Vorlage Nr. 1372 betrifft das Essener Systemhaus. Dortmund hat auch ein Systemhaus. Duisburg auch, und auch adere Städte. Braucht eigentlich jede Stadt ihr eigenes? Kann man die hier produzierten Dienstleistungen nicht bündeln und gemeinsame Kostenvorteile erzielen?

Wir fordern also:

- **Ein Denken in erfahrungsgestützten Alternativen.**
- **Ein Denken, bei welchen stets und ständig die betriebswirtschaftlichen Vollkosten nebst Folge aufgezeigt werden. Innere Sicherheit. Innenstadt**

II. Transparenz

Die Klage über Politikverdrossenheit ist allgemein. Die Bürger haben das Gefühl, dass ihre Probleme nicht wirklich aufgenommen werden. Und dieses Gefühl ist sehr oft richtig. Beispiel Vorlage Sommerburgstraße. Die Vorlage erwähnt, dass die Maßnahme gemäß § 8 Kommunalabgabengesetz Anliegerbeiträge auslösen wird. Diese mögen noch nicht bezifferbar sein. Ist es aber nicht ein Gebot der Transparenz, dass den Anliegern **bereits heute** eine Vorstellung davon vermittelt wird, was demnächst auf sie zukommt?

Der Bürger muss sehen, dass die Politiker offen mit ihm umgehen, und nicht um den heißen Brei herumreden, wenn es ernst wird. **Die Ergänzungsanträge der Fraktionen zum Haushalt wollen durchweg mehr oder Kürzungen vermeiden. Ich sehe keinen Vorschlag, wie und wo man sparen kann.** Es geht aber eben vieles nicht mehr. Das muss den Sonderinteressenträgern klar gesagt und dann auch durchgezogen werden. In der Frage der **Asylanten und Migranten muss dem Bürger klarer Wein eingeschenkt werden.** Die im Haushalt veranschlagten rd. 25 Mio Euro sind doch noch lange nicht das Ende. Schon für 2015 ist sicher mit einer noch höheren Zahl von Migranten und damit zwangsläufig mit einer höheren Haushaltbelastung zu rechnen. Wir müssen den sozialen Zündstoff sehen und offen ansprechen: **Neuesten Studien**

zufolge gilt jeder 5. Essener als arm – das sind also etwa 100.000 Menschen. Wir müssen sehen, dass diesen 100.000 ärmeren Landsleuten das sprichwörtliche Hemd näher ist als der Rock: Diese haben kaum Verständnis dafür, dass für sie immer weniger bleibt, weil immer mehr für Migranten ausgegeben werden muss. Hier baut sich ein sozialer Sprengstoff auf, den wir vielleicht bald nicht mehr beherrschen können. Wir brauchen also strategisch tragbare Lösungen, die auch unseren ärmeren deutschen Mitbürgern vermittelt werden können. Hier müssen wir - politische Korrektheit hin und her - den Mut haben, Klartext zu reden.

Wir fordern Transparenz auch von innen heraus. Weswegen muss die Stadt Essen an insgesamt rd 70 juristischen Personen und Initiativen beteiligt sein? Viele Bürger glauben, das diene hauptsächlich der Selbstbedienung von politischen Postenjägern. Was tun wir, um diesen Verdacht zu zerstreuen? Offensichtlich nicht genug. In vielen Fällen ist wirklich nicht einzusehen, warum die fast überschuldete Stadt Essen ihr Kapital in Unternehmungen bindet, anstatt es herauszulösen und zur Schuldentilgung zu nutzen. Ich war früher Chefjurist der **Sparkasse Essen**. Wir fordern eine Prüfung, wem die Sparkasse Essen eigentlich gehört, und sodann Eintritt in Überlegungen, wie diese entweder ganz oder teilweise privatisiert werden kann um die Vermögensteile, welche in diesem lukrativen Institut schlummern, zur Schuldentilgung zu nutzen. Zu denken ist etwa an die Ausgabe von durch Genussscheinen,

III. Bescheidenheit.

In diesen Tagen wurde vor dem Landgericht Essen der Fall Middelhoff verhandelt. Die deutsche Presse war einhellig der Meinung: **Das kommt davon, wenn man den Boden unter den Füßen verliert, und wenn man die alten preußischen Tugenden für altmodisches Gerede hält.** Sind wir in Essen sicher, dass wir mit unseren Ansprüchen an den Haushalt noch auf dem Boden der Tatsachen stehen?

Ich war nach der Wende als Präsident des Oberkirchenrates einer norddeutschen Landeskirche für einen 100 – Millionenhaushalt zuständig. Ich weiß daher, welche Aufschreie und Beschimpfungen auf den Verantwortlichen niedergehen, wenn er vom Sparen im Allgemeinen (da stimmt ja jeder zu !) zum Sparen im konkreten Fall übergeht. Wenn es uns aber Ernst damit ist, unsere Stadt finanziell wieder flott zu machen, damit wir wieder ein **selbstständiges** und wieder **selbstbewusstes** Gemeinwesen werden, dann dürfen wir uns vor solchen Beschimpfungen nicht fürchten. Wir müssen sie aushalten und das tun, wofür wir gewählt worden sind.

Danke.

M.A. 26. 11 2014